

NIEDERSCHRIFT GuK/0002/2026

über die Sitzung des **Ausschusses für Generationen und Kultur** am 26.02.2026
im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Michael Röschenkemper

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers

Vertretung für Herrn
Frederik Salomon

Marius Große Lordemann

Vertretung für Herrn
Tayfun Averbek

Frau Ann Katrin Meinert-Vormann

Frau Hanna Hüwe

Vertretung für Frau
Birgit Badzong

Frau Sarah Bosse

Vertretung für Herrn
Carsten Rampe

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Herr Stefan Holtkamp

Vertretung für Herrn
Michael Wentges

Frau Margarete Köhler

Frau Brigitte Mollenhauer

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing

Herr Martin Struffert

Herr Jürgen Maas

Frau Susanne Pölling

Frau Theresa Eswig

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Der Ausschussvorsitzende Herr Michael Röschenkemper stellt zuerst fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Anschließend weist Herr Röschenkemper darauf hin, dass Frau Brigitte Mollenhauer als sachkundige Bürgerin noch vereidigt werden muss. Der Vorsitzende verliest die Verpflichtungserklärung und Frau Mollenhauer wiederholt diese.

Danach stellt sich Herr Röschenkemper persönlich den Ausschussmitgliedern vor. Des Weiteren bittet er darum, dass sich die Ausschussmitglieder ebenso kurz vorstellen. Dies geschieht im Anschluss.

Während der Vorstellungsrunde betritt Herr Stefan Holtkamp den Saal – auch er muss noch als sachkundiger Bürger vereidet werden. Der Vorsitzende verliest nochmals die Verpflichtungserklärung und Herr Holtkamp wiederholt diese.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

II.

1. Antrag der SPD Fraktion vom 15.05.2025

hier: Tag der politischen Bildung

Seitens der Verwaltung nimmt Herr Messing Bezug auf die Sitzungsvorlage und berichtet, dass Kontakt zu verschiedenen Trägern aufgenommen worden sei, darunter Schulträger und die Volkshochschule (VHS). Er begrüßt zu diesem TOP Frau Johanna Wittling, Leiterin der VHS Coesfeld.

Frau Johanna Wittling stellt sich als Leiterin der VHS Coesfeld vor und erklärt, dass die VHS Coesfeld eine öffentliche Weiterbildungseinrichtung sei, die Erwachsenenbildung ab 16 Jahren anbiete und einen gesetzlichen Auftrag nach dem Weiterbildungsgesetz erfülle (siehe Anlage 1 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem). Sie betont, dass die VHS Coesfeld auch für die Mitgliedskommunen, darunter die Stadt Billerbeck, zuständig sei. Die VHS biete ein breites Spektrum an Bildungsangeboten in verschiedenen Fachbereichen, darunter Literatur, Sprachen, Beruf, Medien, Kunst, Gesundheit, Mensch und Gesellschaft sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie hebt hervor, dass politische Bildung im Bereich „Mensch und Gesellschaft“ verortet sei und durch Zusatzförderungen des Landes unterstützt werde.

Weiterhin berichtet Frau Wittling, dass die VHS Coesfeld regelmäßig politische Vorträge mit Gastrednern organisiere, um aktuelle Themen aufzugreifen und den Austausch zu fördern. Sie nennt Beispiele wie Vorträge von Ruprecht Polenz und Albert von Lucke. Zudem habe die VHS neue Formate wie „Demokratie im Gespräch“ und Planspiele für Schulklassen eingeführt, um politische Bildung interaktiv und praxisnah zu gestalten. Weitere Angebote umfassen Workshops zu Themen wie Partizipation und Kreativität sowie Gedenkstättenfahrten und künstlerische Projekte zur Demokratieentwicklung.

Darüber hinaus führt Frau Wittling aus, dass die VHS Coesfeld in diesem Jahr ihr 80-jähriges Bestehen feiere und einen Demokratietag plane, der vielfältige Aktionen und Mitmachangebote umfassen solle. Sie schlägt vor, in Billerbeck eine Arbeitsgruppe zur Demokratiebildung zu etablieren, um lokale Bedarfe zu ermitteln und passgenaue Angebote zu entwickeln. Sie betont, dass eine partizipative Herangehensweise, insbesondere mit jungen Erwachsenen, erfolgversprechend sei, da diese Zielgruppe oft schwer zu erreichen sei. Sie bietet an, ihre Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung solcher Initiativen in Billerbeck einzubringen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und bittet Frau

Thomas von der Anne-Frank-Gesamtschule um ihre Stellungnahme. Frau Thomas übergibt das Wort an den Organisationsleiter der Anne-Frank-Gesamtschule Herrn Stephan Humpohl.

Herr Humpohl unterstützt den Fraktionsantrag zum Tag der politischen Bildung und betont die Bedeutung der Demokratiebildung in Schulen. Herr Humpohl berichtet, dass an der Schule bereits zahlreiche Maßnahmen zur Demokratiebildung umgesetzt würden. So gebe es in den Jahrgangsstufen 8, 9 und 10 verbindliche Projektstage, darunter den Tag der Zivilcourage, den Demokratie-Tag und den Tag der Erinnerung, bei dem beispielsweise Gedenkstätten besucht würden. Des Weiteren erwähnt Herr Humpohl, dass die Schule sich um den Deutschen Schulpreis beworben habe, wobei der Schwerpunkt auf Demokratieerziehung durch Partizipation und Selbstwirksamkeit gelegt worden sei. Er hebt hervor, dass es besonders wirksam sei, wenn Schüler durch eigenes Handeln erfahren könnten, dass sie etwas bewegen können. Als Beispiel nennt er das Jugendparlament, das den Schülern zeige, welche Erfolge sie erzielen könnten. Darüber hinaus berichtet Herr Humpohl von geplanten Projekten wie der Einführung einer digitalen Plattform namens „Aula“, auf der Schüler Ideen einbringen, diskutieren und Beschlüsse fassen könnten. Auch das Nachhaltigkeitszentrum der Schule sei ein wichtiger Bestandteil der Bemühungen, da wissenschaftliche Erkenntnisse zeigten, dass Jugendliche, die sich eingebunden fühlten und Selbstwirksamkeit erlebten, weniger anfällig für Radikalisierung seien. Er betont, dass solche Projekte im Fokus der Schule stünden. Abschließend erklärt er, dass das VHS-Angebot interessant sei und ein Austausch angestrebt werden sollte, auch wenn ein einzelner Tag der politischen Bildung aus seiner Sicht nicht ausreichend sei, um die Schüler nachhaltig voranzubringen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und bittet die Ausschussmitglieder um einen Meinungsaustausch.

Zusammengefasst können folgende Punkte festgehalten werden:

- Alle Fraktionen unterstützen den Antrag.
- Umfang der Veranstaltung (Tag/Woche/Ferienfreizeit) muss sich noch herausstellen.
- Ziel: Maßnahmen nicht nur auf Schulen zu beschränken, sondern die gesamte Bevölkerung einbinden.
- Betonung der zentralen Bedeutung von Freiwilligkeit und Partizipation.
- Ziel ist es, Menschen aktiv einzubinden und nicht nur zum Zuhören zu bewegen.
- Priorisierung einer Durchführung der Veranstaltung in Billerbeck statt in Coesfeld.
- Notwendigkeit eines niedrigschwelligen Angebots für die Menschen vor Ort.
- Vertraute Umgebung fördert die Erreichbarkeit der Zielgruppen.
- Vertrauen muss in einer von Misstrauen geprägten Zeit wiederaufgebaut werden.

- Skeptische Gruppe kann durch gezielte Maßnahmen aktiviert werden.
- Unterstützung des Vorschlages zur Arbeit mit Ehrenamtlichen - sehen Potenzial in der Ansprache dieser Gruppe zur Projektentwicklung und Arbeitskreisbildung / Vernetzung von Vereinen und Initiativen in Billerbeck
- Wichtig ist die Einbindung und Motivation dieser Menschen zur Mitwirkung.
- Das bereits gegründete Kinder- und Jugendparlament soll eingebunden werden.
- Nutzung der Presse zur Erreichung weiterer Interessierter.
- Hinweis auf die bereits vorgebrachten Anregungen von Frau Rawe.
- Unterstützung durch die VHS und die Verwaltung - mit Hinweis auf die begrenzten Ressourcen in der Verwaltung.

Der Ausschuss fasst abschließend folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu initiieren. Darin sollen das Kinder- und Jugendparlament, die VHS sowie weitere gesellschaftliche Gruppen mitarbeiten.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Berichterstattung der Fairtrade-Steuerungsgruppe

Frau Theresa Eswig (Verwaltung) und Frau Petra Cassens (Fairtrade Steuerungsgruppe) stellen anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) die Arbeit sowie die Angebote der Gruppe vor. Weitere Informationen sind der Website <https://www.fairtrade-towns.de/fairtrade-towns/stadt/billerbeck> zu entnehmen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Vortragenden und hinterfragt, ob es Wortmeldungen hierzu gibt.

Daraufhin meldet sich Frau Hüwe zu Wort und hinterfragt, ob eine „faire Kita“ in Billerbeck von der Fairtrade-Gruppe unterstützt wurde. Petra Cassens erklärt, dass sie eine Informationsmappe erstellt hat, die Kitas Hinweise zur Erlangung des Fairtrade-Status gab. Während der Corona-Pandemie konnten sich viele Kitas jedoch nicht damit beschäftigen. Sie lobt Lena Klein, die in ihrer Kita aktiv wurde und diese als faire Kita etabliert hat – siehe auch <https://www.kindergruppe-billerbeck.de/index.php/wir-ueber-uns>

Frau Cassens erwähnt, dass auch die Schulen kontaktiert wurden, aber keine Rückmeldung kam. Sie betont, dass solche Projekte engagierte Personen erfordern.

Hanna Hüwe hebt hervor, dass die Informationen weiterverbreitet werden sollten, um das Thema präsent zu halten und weitere

Mitwirkende zu gewinnen.

3. Kulturprogramme der Stadt Billerbeck für die Jahre 2025/2026

Herr Maas erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) die Veranstaltungen im Jahr 2025 sowie die im Jahr 2026 bereits durchgeführten als auch die kommenden Veranstaltungen.

Darüber hinaus berichtet Herr Maas, dass das kommunale Kino als „Sorgenkind“ galt, da die Aula oft belegt war und er durch das Kulturprogramm stark eingebunden. Seit Anfang 2025 entlastet ihn eine Unterstützerguppe, die sich in die Technik einarbeitet und künftig eigenständig Spieltage organisieren kann. Es gibt bereits Kooperationen mit Organisationen wie „Hier geblieben“ und dem „Netzwerk Inklusion“.

Nachfolgend informiert Herr Maas die Ausschussmitglieder darüber, dass Werbung auf Facebook und Instagram geschaltet wird, um die Reichweite und den Verkauf zu steigern. Gutscheine für das Kulturprogramm sind nun verfügbar und können mit einem frei wählbaren Betrag erworben werden. Dieses Angebot wurde bereits zu Weihnachten eingeführt.

Der Vorsitzende Herr Röschenkemper sowie mehrere Ausschussmitglieder bedanken sich bei Herrn Maas für sein Engagement.

4. Einführung einer Ehrenamtskarte NRW

Frau Pölling erläutert anhand der ausführlichen Sitzungsvorlage die Voraussetzungen für die Einführung einer Ehrenamtskarte.

Ergänzend betont Herr Struffert, dass die Einbindung städtischer Unternehmen zur Förderung lokaler Angebote wichtig ist. Erforderlich für die Einführung ist zudem ein politischer Beschluss.

Für die Fraktion der CDU meldet sich Herr Holtkamp zu Wort und äußert sich grundsätzlich positiv zur Karte, weist jedoch auf unklare langfristige Kosten hin und regt an, Vergünstigungen (Karten fürs Kulturprogramm, Vergünstigungen im Freibad) zu prüfen. Letztendlich sei es schwierig aufgrund eventueller Haushaltskonsolidierung zugestandene Vergünstigungen wieder rückgängig zu machen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich Frau Hüwe für die Sitzungsvorlage und betont, dass die Kosten im Rahmen der Haushaltsberatungen überprüft werden sollten. Sie sieht die Einführung der Karte als Wertschätzung für Ehrenamtliche.

Anschließend betont Frau Köhler für die SPD, dass die Bedeutung des Ehrenamts in schwierigen Zeiten zunehme und die Karte ein Zeichen der Dankbarkeit sei.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte für die Einführung der Ehrenamtskarte einzuleiten und einen Kriterienkatalog zu

erarbeiten.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Zwischenbericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2026/2027

Herr Struffert erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Bericht. Herausfordernd bei der Bedarfsberechnung sind die verschiedenen Gruppenformen in der Kinderbetreuung. Diese erschweren die Planung und erfordern eine vorsichtige Platzvergabe, um Kosten durch ungenutzte Plätze zu vermeiden. Im U3-Bereich fehlen rechnerisch 11 Plätze, während im Ü3-Bereich 7 Plätze zu viel vorhanden sind. Diese Abweichungen sind üblich und klären sich voraussichtlich bis Mitte März. Die Planung gilt als ausreichend.

Bei den Wunschkindergartenplätzen erhielt eine Kita viermal so viele Anmeldungen wie Plätze. 78 % der Kinder bekamen ihren Wunschplatz, was eine gute Quote ist.

Geschwisterkinder bleiben zusammen, und kein bereits betreutes Kind muss wechseln. In Billerbeck gibt es keine Einbrüche bei den Anmeldezahlen, die Nachfrage liegt konstant über dem Durchschnitt des Kreisjugendamtes.

Herr Struffert erklärt, dass die Kindergartenbedarfsplanung fortgeführt wird, da rückläufige Kinderzahlen auch in Billerbeck auftreten könnten. Starke Jahrgänge wechseln bald in die Schule, während weniger Kinder nachkommen, was langfristig zu einem Rückgang führen kann. Die Situation wird beobachtet, und nach Beschluss des Kindergartenbedarfsplans auf Kreisebene soll die Entwicklung in Billerbeck analysiert werden - in Abstimmung mit dem Jugendamt.

Herr Holtkamp teilt eine Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 10. März mit, um die Details des Kindergartenbedarfsplans zu prüfen. Des Weiteren betont Herr Holtkamp die hohe Qualität der Kooperation in Billerbeck, äußert jedoch Besorgnis über die neue Gesetzgebung, die kleinere Träger belasten könnte - Einrichtungen mit weniger als drei Gruppen könnten Probleme bekommen.

Nachfolgend äußert Frau Mollenhauer, dass die Situation in Billerbeck im Vergleich zu anderen Kommunen als gut zu bewerten sei - dank der vorausschauenden Planung. Zudem lenkt Frau Mollenhauer den Blick auf die DRK Kita Johann-Heermann – die als Puffer dienen könnte.

Hierauf erinnert Frau Hüwe an den Vorratsbeschluss für die Kita Johann-Heermann und regt an, die Notwendigkeit eines Neubaus angesichts sinkender Kinderzahlen zu prüfen.

Danach hinterfragt Frau Köhler die Personalsituation in den Kitas – worauf Herr Struffert mitteilt, dass der Fachkräftemangel immer noch besteht und die finanzielle Ausstattung schwierig ist.

Darüber hinaus ergänzt Herr Holtkamp, dass Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz und die katholische Kirche versuchen, Personalschwankungen durch Springerkräfte abzufangen. Dies ist für Eltern eine praktikable Lösung, da die Kinderbetreuung gesichert

bleibt - auch wenn die Springerkräfte nicht die gewohnten Bezugserzieherinnen sind. Holtkamp betont, dass Fachkräftemangel und Nachwuchsförderung große Herausforderungen bleiben.

Beschluss:

Der Zwischenbericht zum Kindergartenplatzbedarf für das Kindergartenjahr 2026/2027 wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Mitteilungen

6.1. Spielplatzbereisung Freibad - Herr Struffert

Herr Struffert nimmt Bezug auf die im letzten Jahr durchgeführte Bereisung des Freibadspielplatzes und teilt mit, dass ein neues Spielgerät angeschafft wurde und die Vergabe für den Aufbau erfolgt ist.

7. Anfragen

7.1. Inklusionsspielplatz Buschenkamp - Frau Köhler

Frau Köhler möchte wissen, wann mit der Erneuerung der Schaukel für behinderte Kinder auf dem Spielplatz Buschenkamp gerechnet werden kann.

Seitens der Verwaltung teilt Herr Struffert mit, dass ihm keine Daten bekannt seien – die Informationen aber nachgereicht werden.

7.2. Kommunales Kino - Frau Köhler

Frau Köhler spricht eine Kinoveranstaltung an, bei der der Film „Großer halber Bruder“ über Inklusion gezeigt wurde. Sie bedauert das Fehlen einer anschließenden Diskussionsrunde und schlägt vor, dies bei zukünftigen Veranstaltungen zu ermöglichen. Seitens der Verwaltung sagt Susanne Pöling ihre Unterstützung zu.

Michael Röschenkemper
Ausschussvorsitzender

Ute Höning
Schriftführerin